

## **GHS Seminar „Plätze und öffentlicher Raum“ Tischvorlage 23.November 2023**

### **Folgende Erkenntnisse sind zu diskutieren:**

Die Anregungen und Bedenken von Parteien und Wirtschaftsverbänden zu dem von der Stadtverwaltung vorgelegten Mobilitätskonzept 2030+ lassen sich jenseits parteipolitischer Ränkespiele und Maximalforderungen durchaus berücksichtigen, so dass das Konzept im Rat der Stadt mehrheitsfähig beschlossen werden könnte.

Dabei sollten wir die wissenschaftlichen Erkenntnisse nutzen und nicht ignorieren, das gilt z.B. für die Verkehrsprognose eines möglichen Rückbaus der Straße Leibnizufer von 4 auf 2 Spuren genauso wie für die Erkenntnis, dass das Parken vor den Läden nicht im Interesse des jeweiligen Einzelhandels ist.

Und wir sollten die Erfahrungen anderer Städte beachten; aber auch unsere eigenen Erfahrungen berücksichtigen. Das gilt für die nach anfänglichen Protesten des Einzelhandels erfolgreichen Fußgängerzonen oder den trotz Protesten möglichen Abbau der Hochstraße über den Aegidientorplatz genauso wie für den gut angenommenen Mischverkehr von Fußgängern und Radfahrern in der Georgstraße zwischen Steintor und Schillerdenkmal.

Nach den ausgiebigen Diskussionen sollten nun endlich Taten folgen. Die vom Rat der Stadt zu beschließenden Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes 2030+ sollten nunmehr stufenweise zügig im Interesse einer notwendigen Aufwertung der Innenstadt realisiert werden.

### **Dies vorausgeschickt, wurden folgende Anregungen erörtert:**

#### **Ruhender Verkehr:**

- Um das Hauptziel einer Konzentration des Parkverkehrs auf die vorhandenen Parkhäuser zu erreichen, müssen die An- und Abfahrtswege gut funktionieren und die Parkhäuser so attraktiv wie möglich gestaltet werden.  
Dazu gehören teilweise breitere Auf- und Abfahrten sowie Stellplätze, helle Beleuchtung, Frauenparkplätze, Überwachungskameras, ein bedarfsgerechtes und zwischen Anliegern und Besuchern differenzierendes Preisniveau, ein bequemes Ticketkonzept.
- Das Parken am Straßenrand sollte in den von Wohnungen genutzten Bereichen - ergänzend zu den Anliegern vorbehaltenen Stellplätzen in den Parkhäusern - in Form von Gebührenpflichtigen Anliegerparkplätzen zumindest probeweise ermöglicht werden. Beispiele sind die Burgstraße, Knochenhauerstraße rund um das Kreuzkirchenviertel.
- Die Begrünung neu hinzugewonnener Straßenränder sollte sich aus gestalterischen sowie ökologischen Gründen neben Bäumen auch auf Hecken (Beispiel Eibenhecken Rathenauplatz/Arch. Louafi) ebenerdige Grünrabatte/Rasenstreifen beziehen. Zur Pflege und Entlastung des Grünflächenamtes sind Patenschaften der Anlieger zu organisieren.
- Für das Parken der Fahrräder sind außer Bügeln am Straßenrand und einem Fahrrad-Hub in der Minus 1 Ebene des Raschplatzes weitere kompakte Einstellplätze vorzusehen.

### **Cityring:**

- Eine Umgestaltung des Leibnizuferes mit einer Reduzierung des Straßenraumes auf 2 anstatt 4 Streifen und die Einrichtung einer Parklandschaft zwischen der Straße Leibnizufer und der Leine ist zwar wünschenswert, die Priorität bei der Umgestaltung des Cityringes sollte aber beim Raschplatz liegen.
- **Vorschlag:** der tiefgelegene Raschplatz wird zugunsten eines ebenerdigen Fußgängerbereiches zwischen Nordausgang des Bahnhofes und dem Andreas-Hermes-Platz gedeckelt.  
Die Tiefebene wird für einen großen Fahrradabstellplatz (Fahrrad-Hub nach dem Vorbild Groningen/NL) und ggf. ergänzend für PKW-Stellplätze und Anlieferverkehr umgebaut und genutzt.  
Die Hochstraße am Raschplatz wird zurückgebaut; die Stadtbahnlinien 10 und 17 werden verlängert und in Mittellage durch die Berliner Allee bis zur Marienstraße (Kreuzungspunkt mit den Stadtbahnlinien 4 und 5) und später bis zum Südbahnhof geführt; die Berliner Allee wird als Baumallee bepflanzt.
- Um den abfließenden Verkehr vom Parkhaus Schmiedestraße über die Scholvinstraße und Goethestraße in beide Richtungen mit dem Cityring zu verknüpfen, sollte der Vorschlag der SPD-Fraktion erprobt werden, neben dem Rechtsabbieger eine kombinierte Links- und Geradeausspur mit entspr. Ampelschaltung einzurichten.

### **Steintorplatz:**

- Der Fahrradverkehr auf dem neu zu gestaltenden Steintorplatz sollte eine Verlängerung des derzeit schon kombinierten Fußgänger-Fahrradstreifens in Richtung Lange Laube über die verkehrsberuhigte Münzstraße erhalten – die Querverbindung zwischen Goseriedeplatz und Goethestraße sollte Probe weise nicht extra für Fahrräder markiert werden. Ein undefinierter Mischverkehr ist vermutlich verkehrssicherer.

### **Köbelinger Markt:**

Um den geplanten Platz zu beleben, ist die Erdgeschoßzone der geplante Neubebauung des ehem. Ordnungsamtes baurechtlich für Gastronomie und andere frequentierte Nutzungen festzulegen.  
Die nach Abriss des Ordnungsamtes vorzusehenden Neubauten sollten die Höhe der gegenüber liegenden Gebäudezeile nicht überschreiten.  
Eine Nutzungskonkurrenz zwischen dem Köbelinger Markt und dem Innenhof des geplanten Gebäudekomplexes ist zu vermeiden.

### **Leerstände:**

- Die Leerstände der Kaufhäuser und weiterer Einzelhandelsgeschäfte sind dem Strukturwandel geschuldet. Deshalb bedarf es parallel zum Mobilitätskonzept auch eines vielfältigen **Nutzungskonzeptes** unabhängig von Eigentumsfragen. In einer neuen funktionalen Vielfalt der Innenstadt liegt eine große Chance.  
**Zwischennutzungen** können zur vorübergehenden Belebung beitragen und der

Erprobung neuer bedarfsgerechter Nutzungen dienen. Die Zwischennutzung „Aufhof“ zeigt, wie es gehen kann.

- Für das **Karstadtgebäude** in der Georgstraße sollten Nutzungs- und interne Umbaukonzepte mit allen möglichen in Frage kommenden Nutzern entworfen und in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Beispielhaft für einen zukunftsweisenden **Nutzungsmix** sind das „Oodi“ in Helsinki und das „Forum“ in Groningen, wo sich um die jeweilige Stadtbücherei herum workspaces, offene Theaterforen, Audiovisionsräume, PC-Desks, 3d-Druckerangebote, Kino, Cafés und Restaurants befinden. Wünschenswert und raumgreifend studentische Einrichtungen und Wissenschaftsbetriebe der Hannoverschen Hochschulen sowie ein Forum für Präsentation und Diskussion von Projekten der Stadtentwicklung. Auch eine Verlagerung der Kulturaktivitäten des Pavillon am Raschplatz in das Karstadt-Gebäude kämen infrage. Anstatt des Pavillons könnte eine neue Bebauung entlang Lister Meile/Berliner Allee den Andreas-Hermes Platz städtebaulich einfassen.

Beispielhaft für den **inneren Umbau** von Kaufhäusern sind der Einbau eines mit Glas überdachten Atriums mit seitlich geführten Treppen und Fahrstühlen anstelle der Rolltreppen.

Ein solches Konzept und mögliche Organisationsformen müssten von der **Öffentlichkeit** in Aktionen und Kampagnen – unterstützt von lokalen Printmedien, Film, Funk und Fernsehen - vertreten und beansprucht werden.

Über die Bauleitplanung sollte ein städtisches **Vorkaufsrecht** zugunsten öffentlich relevanter Nutzungen ausgeübt werden können.

- Die Stadt braucht einen „**Entwicklungsfonds Innenstadt**“, in den öffentliche Gelder von Bund, Land, Region und Stadt sowie private Investitionen und Spenden fließen. Mit ihm sollten Zwischennutzungen und der Ankauf von Leerstandsimmobilien sowie eine Öffentlichkeitbeteiligung finanziert werden.
- Die Stadt braucht ein „**Team Leerstände Innenstadt**“, zu dem Mitarbeiter\*innen aus Wirtschaftsförderung und Planungsamt und ggf. weitere Personen gehören. **Aufgaben** sind: laufende Dokumentation von Leerständen; Erarbeitung von Lösungskonzepten und konkreten Objekt-bezogenen Planungsvorschlägen; Konzepte für Zwischennutzungen; Prüfung und Anwendung des Baurechts; Führung von Verhandlungen mit Eigentümern und potentiellen Interessenten, Nutzern und Investoren; Ausarbeitung von Verträgen; Beteiligung der Öffentlichkeit.
- Angeregt wird eine **Gesetzesinitiative „Zweckentfremdung Gewerberäume“**, wobei Leerstände (über 6 Monate) analog zum Wohnraumzweckentfremdungsgesetz eine Ordnungswidrigkeit wären.

#### **Fazit:**

Veränderungen der Innenstadt hat es immer gegeben. Wir brauchen mehr Mut und bürgerschaftliches Engagement, um eine neue Vielfalt möglicher Nutzungen zu entwickeln und die Mobilität an die mehrheitlichen Bedürfnisse der Bürger und den erforderlichen Klimaschutz anzupassen.

E. GüldenberG 23. November 2023

